

Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft für Bildung Mannheim

Empfänger: SPD - Landesparteitag

Reformierung der Lehrerausbildung

Der SPD – Landesverband fordert die Landtagsfraktion auf, dafür Sorge zu tragen, sich im Landtag für eine Reformierung der Lehrerausbildung einzusetzen.

Begründung:

Auszug aus dem grün-roten Koalitionsvertrag von 2011 :

„Wir wollen die Lehrerausbildung auf die neue Lehr- und Lernkultur ausrichten und streben an, die schulartbezogene Ausbildung zugunsten des Stufenlehramts zu überwinden. Wir werden diesen Prozess gemeinsam mit den Hochschulen im Land umsetzen. Wir wollen die Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer ausbauen, vor allem im Bereich der Professionalisierung der Lehrkräfte für individuelle Förderung.“

Die unterschiedlichen Lehramtsstudiengänge sind nicht mehr zeitgemäß. Die Lehrerausbildung sollte zukünftig nicht mehr nach Schularten sondern nach Schulstufen organisiert werden. Dabei ist eine Kooperation zwischen den Pädagogischen Hochschulen und den Universitäten wünschenswert und denkbar.

Hier wäre es von Vorteil diesbezüglich dem vorliegenden Ergebnis der Expertenkommission zu folgen. Nur so kann Baden-Württemberg weltweit in der Lehrerausbildung anschlussfähig bleiben und der immer größeren Heterogenität der Schüler Rechnung tragen.

Die Lehrerausbildung soll in Bachelor- und Masterstudiengängen organisiert werden. In Hinblick auf die Inklusion muss auch der sonderpädagogischen Ausbildung Rechnung getragen werden. Das Studium soll die jeweiligen Anforderungen berücksichtigen und in der Studienzeit angepasst werden. Dadurch wird gleichzeitig die heute existierende Ungleichbehandlung der Lehrkräfte in den verschiedenen Schularten behoben.

Zur Zeit ist es immer noch so, dass Ausbildung und Arbeit der unterschiedlichen Lehrkräfte über das Alter bzw. die soziale Herkunft ihrer Schüler definiert wird: kleine Kinder - kurze Ausbildung und kleines Geld, große Kinder - lange Ausbildung und großes Geld.

Gerade im Hinblick auf die Gemeinschaftsschule ist es jedoch unverzichtbar, alle Lehrer in Ausbildung, Besoldung und Arbeitszeit gleichzustellen. Dabei dürfen die GrundschullehrerInnen nicht vergessen werden. Auch sie müssen den LehrerInnen der weiterführenden Schulen gleichgestellt werden. Sie legen das Fundament für die weiterführenden Schulen.

Bei der Lehrerausbildung dürfen aber auch die bereits im aktiven Dienst arbeitenden LehrerInnen nicht vergessen werden. Auch für sie müssen Weiterqualifizierungsmöglichkeiten, z. B. in Hinblick auf Inklusion bzw. Gemeinschaftsschule, unbedingt angeboten werden.